

## Resolution angenommen am Kongress der EVP in Bonn, 9.-10. Dezember 2009

### FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE

#### **Die EVP,**

- die am 9. und 10. Dezember 2009 in Bonn versammelt ist;
- die eine gründliche Debatte darüber führt, wie man aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gelangen kann;
- unter Berücksichtigung der speziellen Debatte im Jahr 2009 bei den EVP-Frauen zum Thema *Frauen und die Wirtschaftskrise*;
- hat die nachfolgenden Empfehlungen formuliert;
- die sie insbesondere an die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten richtet;

#### **Die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten sollten**

#### **Die Mitgliedsparteien der EVP und die Frauenorganisationen in diesen Parteien sollten**

1. bei den zukünftigen Initiativen gegen die Krise oder zur Eindämmung ihrer Auswirkungen die Geschlechterdimension berücksichtigen;
2. dafür sorgen, dass alle vorgeschlagenen Politiken als ein Belang der guten Politikgestaltung routinemäßig einer Bewertung der geschlechterspezifischen Auswirkungen unterzogen werden und die bereits auf der EU- und der einzelstaatlichen Ebene getroffenen Maßnahmen ebenfalls einer solchen Bewertung unterzogen werden;
3. Eckdaten zur Beschäftigung nach Geschlecht auswerten und veröffentlichen, um das Verständnis und die Überwachung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu verbessern und die Bestimmung von Maßnahmen zu erleichtern, mit denen negative Auswirkungen gemindert werden können.
4. Politiken geschlechtersensibel ausrichten, wozu auch gehört, anzuerkennen, dass Frauen aufgrund niedriger Löhne, unterbrochener beruflicher Werdegänge und begrenzter finanzieller Rücklagen oft einer zusätzlichen finanziellen Unsicherheit ausgesetzt sein können.
5. Mechanismen der Gender-Budgetierung für eine bessere Gleichstellung der Geschlechter in ihre Arbeit einbauen.
6. sich darum bemühen, die Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Beschlussfassung zu verbessern, insbesondere wenn es um die Mittelbereitstellung geht.
7. das EU-Netzwerk sowie nationale Netzwerke von Frauen in Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft weiterhin zu unterstützen.
8. weitere Anpassungen des Europäischen Strukturfonds und nationaler Fonds in Erwägung ziehen, um zusätzliche Unterstützung auf die Bereiche zu bündeln, in denen Frauen beschäftigt sind, da die Beschäftigungslage der Frauen wahrscheinlich unter der Krise leiden wird.
9. den Schwerpunkt weiter auf Maßnahmen zur Versöhnung legen und Schritte einleiten, um diese als bewährte Praxis sowohl für Männer als auch für Frauen voranzubringen, wozu auch eine Statusverbesserung der Teilzeitarbeit gehört.
10. bedenken, dass Erwachsenenbildung mit Medienkampagnen und Information eine Schlüsselrolle in der Politik zur Förderung einer allgemeinen Lernkultur übernehmen sollte, und geeignete Maßnahmen treffen,

um die niedrigen Beschäftigungsraten von weiblichen und älteren Arbeitnehmern anzugehen, und insbesondere solcher, die atypische berufliche Werdegänge hinter sich haben oder denen es an IKT-Fähigkeiten mangelt; dementsprechend die Voraussetzungen schaffen, um auf allen Ebenen Dienstleistungen des lebenslangen Lernens anbieten zu können, um Fortschritte auf dem Weg zur Beschäftigung zu ermöglichen, ungeachtet ob es sich um den Ersteintritt in den Arbeitsmarkt, eine Rückkehr zur Beschäftigung oder den Wunsch handelt, länger im aktiven Arbeitsleben zu verbleiben.

11. die Folgen von Mehrfachbenachteiligung im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise anerkennen und sicherstellen, dass die Maßnahmen Frauen in besonders prekären Situationen – z. B. ältere oder allein erziehende Frauen, behinderte Frauen oder Migrantinnen berücksichtigen.

12. zusätzliche Mittel bereitstellen, um Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere Frauenorganisationen in die Lage zu versetzen, nach Wegen zu suchen, wie sie zur wirtschaftlichen Erholung und zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgliederung beitragen können.

13. die EVP anhalten, die Umsetzung der obigen Empfehlungen weiter zu verfolgen und die Frauenorganisationen der EVP anhalten, bei ihren Regierungen, Parlamenten und ihren Parteien die Umsetzung der obigen Empfehlungen zu überwachen.

14. darauf pochen, dass die Geschlechterdimension in der Lissabon-Strategie sicherstellt, dass die Frauenbeschäftigung nicht unter den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden haben, sondern neue Chancen in ihr finden wird.